

Bethel.
zu verkaufen.
Friedhofsweg 12.

er
(Margarine)

und, mit außer-
gewöhnlich liefert
kt ab Werk
3-10 Pfd. oder
portofrei bezw.
station

chaft
Vorl 72

monatstrich

erem Verlage:

Freunde

und lehrreiche
mit 8 farbigen
tionen im Text
Stolz (Pom.)

irekt von der
alt Bethel

mmfleisch

halb Braten, halb Koch-
Porto per Nachnahme
ulungen, Pros. Hannover

ag

zum Trost und
tag, eine Hand-
diesem Tage an
rinnert werden.
Bildern von

fer

h den
alt Bethel
et bei Bielefeld
tostet 2 Pfg.
ummern kostenlos

swärts!

icht:

weicht!

reichen Sie die
! Am Morgen

Des Wassers!
Waschmittels.

züglich.

da
ährt!

tel?

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,35 und
6 Pfg. Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1,95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 a je laufend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 265.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 11. November 1930.

12. Jahrgang.

Wo Gott der Herr nicht bei uns hält,
Wenn unsre Feinde toben,
Und er nicht unsrer Sach' zufällt
Im Himmel hoch dort oben,
Wo er Israels Schutz nicht ist
Und selber bricht der Feinde List,
So ist's mit uns verloren.

Justus Jonas.

Gehaltskürzung der Beamten und Angestellten.

Von Oberregierungsrat Dr. Echte, M.d.R.
Volksdienstfraktion des Reichstages.

Die Erklärung des Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages vom 16. 10. dieses Jahres zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit den ernsten Willen der Reichsregierung, auf jeden Fall die schwere wirtschaftliche Krise in Deutschland zu überwinden. Die überaus ernste Notlage, in der wir uns befinden, fordert einschneidende Maßnahmen und es werden vielen drückenden Lasten zugemutet. Wenn die Rettung des deutschen Volkes es erfordert, wird keiner, der sein Volk und Vaterland lieb hat, an Opferfinn hinter dem anderen zurückstehen wollen. Aber freilich kann die Übernahme neuer drückender Lasten dem Einzelnen nur dann zugemutet werden, wenn ihm die Gewissheit gegeben wird, daß in der gleichen Not des Vaterlandes alle Volksgenossen in gleicher Weise zu Opfern herangezogen werden. Andernfalls muß in dem einzelnen Volksgenossen, der sich besonders schwer belastet sieht, der bittere Gedanke entstehen, daß ihm deswegen besondere Lasten aufgelegt werden, weil er sich nicht so gut wehren kann wie ein anderer oder weil seine Heranziehung zu neuen Lasten aus technischen Gründen besonders bequem ist.

Im Vordergrund der Erörterung hat bisher die Einsparung von Ausgaben gestanden, die dadurch erreicht werden soll, daß die Gehälter der Beamten und Angestellten um 6 Prozent herabgesetzt werden sollen. Es ist nicht zu verwundern, daß die durch diese Maßnahme betroffenen Kreise erheblich verstimmt sind. Hat man doch gerade ihnen in der letzten Zeit durch die Notverordnung vom 26. Juli dieses Jahres schon erhebliche Opfer zugemutet. Trotzdem wird die neue Belastung übernommen werden müssen und auch von einem großen Teil der Betroffenen willig übernommen werden, wenn nur die Gewähr dafür gegeben ist, daß auch die anderen Volkskreise zu ähnlichen Opfern herangezogen werden. Damit sieht es aber überaus bedenklich aus. Nach der obengenannten Notverordnung haben alle Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von über Mk. 8.000.— einen Zuschlag zur Steuer von 5 v. H. zu leisten. Während die Notverordnung im wesentlichen mit Wirkung vom 31. März 1931 aufgehoben werden soll, soll der Zuschlag von 5 v. H. zur Einkommensteuer bestehen bleiben. Dies ist, soviel ich bisher sehen kann, die einzige Belastung, die den Angehörigen der freien Wirtschaft zugemutet wird. Das erscheint schlechterdings untragbar. Nach der mehrfach genannten Notverordnung beträgt die Belastung der Beamten und Angestellten zur Zeit eine Summe, die einen Steuerzuschlag von 50 und mehr Prozent ausmacht. Die Heranziehung der hohen Einkommen mit einem Steuerzuschlag von 5 Prozent, dem nebenbei auch die höheren Beamten mit einem Einkommen von über Mk. 8.000.— noch außer ihrer Heranziehung zum Notopfer unterliegen, erscheint demgegenüber als völlig unangemessen. Nach dem Regierungsprogramm soll die Kürzung der Löhne und Gehälter nicht nur 2½ Prozent, wie nach der Notverordnung betragen, sondern 6 Prozent. Die nun schon nach der Notverordnung ungenügende Heranziehung der hohen Einkommen in der Privatwirtschaft soll aber künftig nicht geändert werden. So wird das jetzt schon bestehende Mißverhältnis in der Belastung der einzelnen Volkskreise noch wesentlich vermehrt. Diese Bestimmungen im Regierungsprogramm bedürfen dringend der Abänderung.

Aber auch sonst müssen bei der in Aussicht genommenen Belastung der Beamten und Angestellten wesentliche Abänderungen zur sozialeren Ausgestaltung der Vorschriften vorgenommen werden. Zunächst ist die vorgesehene Freigrenze, die von der Kürzung nicht angefaßt werden soll, zu niedrig. Es ist geplant, lediglich 1.500.— Mark von der Belastung frei zu lassen, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß die Kinderzulagen jederzeit frei bleiben sollen. Eine Heraussetzung dieser Freigrenze bis auf 2.400.— Mark muß angestrebt werden. Darüber hinaus möchte mit einem Prozentsatz begonnen

werden, der die niedrigen Gehälter schont. Es dürfte deshalb richtig sein, bei den Gehältern über 2.400.— Mk. mit einer Kürzung von 4 v. H. zu beginnen. Um den Ausfall an Ersparnissen, der durch die vorgeschlagene Abänderung eintreten würde, wieder gut zu machen, dürfte bei den höheren Gehältern, insbesondere bei den Einzelgehältern der vorgesehene Prozentsatz erhöht werden. Die Ministergehälter sollen ja um 20 Prozent ermäßigt werden — Pressenachrichten zufolge ist diese Kürzung durch freiwilligen Verzicht der Beteiligten bereits am 1. November dieses Jahres eingetreten. Es dürfte deshalb erwogen werden, bei den Einzelgehältern die vorgesehene Kürzung von 6 bis auf 15 Prozent zu staffeln, um so eine Angleichung an die Kürzung bei den höchsten Gehältern zu erreichen. Auf diese Weise würde sozialen Gesichtspunkten in der erforderlichen Weise Rechnung getragen werden.

Auf der anderen Seite erscheint es mir nötig, den Steuerzuschlag für die hohen Einkommen in der Privatwirtschaft zu erhöhen. Diese Erhöhung müßte mindestens bis 20 v. H. gehen, wenn nur einigermaßen den Forderungen sozialer Gerechtigkeit Rechnung getragen werden soll. Auch hier müßte nach der Höhe des Einkommens gestaffelt werden.

Die oben besprochenen Maßnahmen stellen nur einen kleinen Ausschnitt des Regierungsprogrammes zur Überwindung der Finanznot dar. Gerade dieser Teil hat aber unendlich viel Staub aufgewirbelt. Die Angriffe gegen die Beamenschaft werden allenthalben und überall erhoben. Man muß es einmal ruhig feststellen, daß die Beamten der Klasse im deutschen Volke sind, gegen die heute von sehr vielen Seiten gehetzt und aufgereizt wird. Es ist richtig, daß der Beamte heute bei der allgemeinen Wirtschaftskrise verhältnismäßig sich in einer leidlichen Lage befindet. Das sollte aber keinen Grund zu den maßlosen Angriffen geben, die täglich von so vielen Seiten erhoben werden. Denn als vor mehreren Jahren den Beamten nur ganz geringe Gehälter, man muß beinahe von Hungergehältern sprechen, gewährt wurden, während die Wirtschaft zum recht großen Teil sehr günstige Ergebnisse ergab, konnte, da hat sich keine Hand gerührt, der gedrückten Beamenschaft zu helfen. Sie mußte sich eine einigermaßen angemessene Befoldung in harten Kämpfen Schritt für Schritt erobern.

Die unangemessenen Angriffe auf die Beamenschaft sind also durchaus fehl am Ort. Es ist erfreulich, daß der Reichskanzler in seiner Regierungserklärung mit besonderer Betonung sich gegen die unverantwortliche Hetze gewandt hat, die sich in der letzten Zeit gegen das Berufsbeamtentum breit gemacht hat. Ich begrüße es, daß er das unbedingte Interesse betont hat, das Staat und Volk an der Aufrechterhaltung eines pflichttreuen Berufsbeamtentums haben.

Nach meinem Dafürhalten wird es notwendig sein, daß Beamte und Angestellte in der überaus schweren Notlage, in der das deutsche Volk sich befindet, an ihrem Teile Opfer bringen. Diese Opfer können aber nicht einseitig von Beamten und Angestellten verlangt werden, sondern die Allgemeinheit muß gleichmäßig, ein jeder nach seinen Kräften zur Überwindung der wirtschaftlichen Not beitragen. Wird so dem Gesichtspunkt ausgleichender Gerechtigkeit Rechnung getragen, dann wird der größte Teil der Beamten- und Angestelltenwillig die neuen Lasten übernehmen.

Hervé und der kommende Weltkrieg.

Eine grundsätzliche Bemerkung.

Der plötzliche Vorstoß Hervés hat gezeigt, wie das Versailles Diktat langsam zu verwittern beginnt. Seine Verhandlungen mit dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten scheinen einen gewaltigen Umschwung in der öffentlichen Meinung Frankreichs vorzubereiten. Wenn ein Franzose es heute wagen kann, Deutschland die gleiche militärische Ausrüstung, die Kolonien Togo und Kamerun, den österreichischen Anschluß, die Hilfe Frankreichs bei polnischen Verwicklungen anzubieten, ohne daß er gesteinigt wird, dann müssen sich in diesem Land Dinge vorbereiten, die neu sind.

Wir wissen nicht, was hinter den Kulissen vorgeht. Aber wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß die französische Regierung einen höchst genialen Schachzug plant und absichtlich einen Mann wie Hervé beauftragt hat, das heimliche Werkzeug zu sein. Es ist gar keine Frage, von Hervé allein geht dieser Schritt nicht aus, es stehen

andere Kräfte dahinter. Was mögen die treibenden Motive sein?

Der Vorstoß Hervés erfolgte fast automatisch als Reaktion auf die politischen Erklärungen der Nationalsozialisten. Die Ankündigung, daß die rote Flagge von Moskau bis an den Kanal wehen werde, wenn die bestehenden Verhältnisse nicht geändert würden, ist den Franzosen wie ein jäher Schrecken in die Glieder gefahren. Sie erkennen plötzlich die furchtbare Gefahr der roten Welle, die eines Tages all ihren Reichtum hinwegwischen könnte. Daher sind sie plötzlich zu den ertaunlichsten Opfern bereit.

Die Frage ist nur, ob sich diese Opfer für Frankreich nicht tausendfach bezahlt machen, und für Deutschland trotz ihres glänzenden Gewandes den reißlosen Untergang bedeuten. Wo sind denn die Garantien dafür, daß ein waffenstarrtes Deutschland, wie es Hervé haben möchte, auch frei ist in seinen Entschlüssen? Wer kann wissen, ob man uns nicht ein zweites Mal einkreuzen und als Prellbock gegen die rote Welle mobil machen will? Ob nicht wieder die europäische Mitte zur blutigen Walfahrt werden soll wie im Dreißigjährigen Krieg?

Wir fürchten, daß sich hier Dinge vorbereiten, die aus der Verzweiflung vor dem letzten Weltkriege geboren sind, den alle fürchten. Wenn aber an Stelle klarer Überlegungen eine Politik der Verzweiflung gemacht wird, entsteht immer ein Unglück. Darum ist es an der Zeit, sich auf völlig neue Grundlagen des politischen Lebens zu begeben.

Seit dem Ende des vergangenen Weltkrieges ist das Schlagwort von der Kulturwende in aller Mund. Aber die Wende selbst ist noch nicht eingetreten. Immer noch herrscht die alte Kultur der Sachwerte, die alle Lebensgebiete zu Waren gestempelt und letzten Endes den vergangenen Weltkrieg heraufbeschworen hatte. Aber ihre Zeit ist abgelaufen. Die scheinbar für die Ewigkeit hingestellten Mächte dieser Kultur beginnen zu verwittern, wie der Versailler Vertrag verwittert. Während die Vorstellung von der Allmacht der Sachwerte zu schwinden beginnt, zieht eine Kultur herauf, die sich wieder an den ewigen Schöpfermächten orientiert. Die neue Generation erblickt wieder ein göttliches Kulturziel in der Weltordnung, das nicht in Geld ausgedrückt werden kann.

Die Menschheit muß sich wieder darüber klar werden, daß mit der Schöpfungsanlage eine ganz bestimmte Kulturdiese unwandelbar gegeben ist, und daß jedes Volk seine bestimmte Aufgabe an der Weltentwicklung hat. Der Schöpfer hat das Weltall erschaffen und gewollt, daß der Einzelne in einer Volksgemeinschaft seine Anlagen voll entfalte zum Heil des Ganzen. Genau so hat er gewollt, daß jedes Volk seine Eigenart rein erhalte und ausreife zur vollen Entwicklung. Das Ordnungsprinzip der Schöpfung weist darauf hin, daß alles Kulturschaffen einen höheren Sinn haben muß, als die Unantastbarkeit des Geldbeutels. Darum ist es falsch, aus der Sorge um irdische Reichtümer heraus politische Bündnisse zu machen, wie es Hervé offenbar will. Gewiß sind die materiellen Werte das Rückgrat allen geistigen Schaffens, aber sie dürfen nicht die primäre Ursache für politisches Handeln sein, wie es in den letzten Jahrtausenden der Fall war.

Wir müssen wieder den Kulturauftrag sehen, der mit unserem Dasein unabänderlich in die Welt gekommen ist, und begreifen lernen, daß das Leben ein Objekt der Kulturdiese ist. Nur wenn wir wieder die kosmischen Gesetze der Schöpfung beachten und sie aus den Fesseln der Sachwerte befreien, können wir den vernünftigen Sturz der roten Welle und den kommenden Weltkrieg abwenden. Nicht durch künstliche Organisationen, sondern durch eine grundlegende Neuordnung der Welt, wie sie den Schöpferabsichten entspricht, können wir die Vorbereitungen treffen zu dem Ziel, das Hervé erstrebt. Solange alle menschlichen und staatlichen Institutionen nichts anderes sind als verkappte Geldmaschinen solange sind alle Anstrengungen zur Erhaltung des Weltfriedens umsonst.

Dr. B.

„Weltwirtschaftskrise“.

Die Rechnung mit der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ stimmt nicht. Leider fällt kein Volk der Erde so leicht auf Schlagworte herein wie das deutsche. Auch die „Weltwirtschaftskrise“ ist ein Schlagwort.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der Weltkrieg mit seinen tiefgreifenden Wandlungen auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Menschheit von Grund auf revolutioniert hat. Aber man darf hierbei nicht übersehen, daß der Weltkrieg einen zweifelsfreien Sieg des nati o-

nationalwirtschaftlichen Gedankens ausgelöst hat, der dann selbstverständlich auch gewissen weltwirtschaftlichen Illusionen zum Verhängnis wurde. Was wir heute Weltwirtschaftskrise nennen, ist nichts anderes als eine Summe von lauter nationalwirtschaftlichen Einzelkrisen, hervorgerufen durch die Fälschungslöslichkeit, mit der man fast überall in der Welt der neuen Lage gegenübersteht. Wenn gerade wir Deutschen so leicht geneigt sind, unsere finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Hoffnungen auf eine Überwindung der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ zu setzen, dann blicken wir auf Flugland. Uns rettet nicht die „Weltwirtschaft“, die ja durch ein unübersehbares Gewirr von Zollmauern in unzählige Volkswirtschaften geschnitten ist, sondern rettet allein eine vernünftige und zielbewusste Reorganisation unserer nationalwirtschaftlichen Kraftquellen, wozu uns ja die mannigfachen Anstrengungen der anderen Wirtschaftsmächte mehr als genug Lehrstoff liefern. Daß unsere deutsch-wirtschaftliche Lage durch das Versailler Diktat und durch den Tributzwang eine besonders schwierige ist, bedarf keiner weiteren Worte. Um so tatkräftiger müssen wir Hand anlegen und alle Möglichkeiten ausnützen, die uns gegeben sind. Nur einige ganz wenige Zahlen mögen die Unhaltbarkeit unserer nachrevolutionären Wirtschaftspolitik verdeutlichen.

Im Vorkriegsdeutschland wurden — und zwar auf dem jetzigen Reichsgebiet — 10 Millionen Tonnen Roggen, 8,5 Millionen Tonnen Hafer, 4 Millionen Tonnen Weizen und 3 Millionen Tonnen Gerste erzeugt. Heute erzeugen wir 7 Millionen Tonnen Roggen, 6 Millionen Tonnen Hafer, 3 Millionen Tonnen Weizen und ebensoviel Gerste. Das ist ein Ausfall von 6 Millionen Tonnen oder — wertmäßig ausgedrückt — von 1,5 Milliarden Goldmark. Dieser landwirtschaftliche Produktionsverlust von 1,5 Milliarden bleibt natürlich nicht ohne nachteilige Folgen auch auf die Industrie (Auftragsausfall in landwirtschaftlichen Maschinen, Kleidung, Baumaterial usw.) und der Staat braucht sich nicht zu wundern, wenn auf diese Weise das Heer der Arbeitslosen immer stärker anschwillt und die Steuerquellen immer mehr versiegen. Wie tief sich der Staat durch die bisherige Wirtschaftspolitik ins eigene Fleisch geschnitten hat, geht deutlich genug aus der Tatsache hervor, daß uns jede Milliarde landwirtschaftlicher Einfuhr nicht nur diese Milliarde, sondern auch noch obendrein eine weitere Milliarde durch Arbeitslosenunterstützung und Steuerausfall kostet. Ganz abgesehen von dem sittlichen und moralischen Elend, das die Arbeitslosigkeit über die armen Opfer unserer nachrevolutionären Wirtschaftspolitik heraufbeschwört.

Trügerisch vor allem sind die Hoffnungen auf eine nennenswerte Steigerung unserer Ausfuhr. Es ist eine leider viel zu wenig erkannte Tatsache, daß Deutschland das relativ stärkste Ausfuhrland der Welt ist. Kein Volk der Erde führt im Verhältnis zu seiner Gesamtproduktion soviel aus wie das deutsche. Auch von der sogenannten „Weltwirtschaftskrise“ ist die deutsche Ausfuhr bisher am wenigsten getroffen worden. Nehmen wir die ersten acht Monate des Jahres 1929 und des Jahres 1930, dann sehen wir, daß die Ausfuhr Japans um 31, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten um 22,3, die Ausfuhr Englands um 18,4, jene Belgiens und Italiens um rund 14,5, Frankreichs fast um 11, aber die Ausfuhr Deutschlands, um nur 8 Proz. zurückgegangen ist. Hierbei ist besonders

wichtig, daß es gerade unsere Fertigwarenausfuhr ist, die sich so gut wie reiflos behauptet hat. Denn während beispielsweise die Fertigwarenausfuhr Nordamerikas um 21,2, Englands um 19,7, Italiens um 16,2 und Frankreichs um 10,5 Prozent zurückgegangen ist, hat die deutsche Fertigwarenausfuhr einen Rückgang von nur 5,6 Prozent erfahren. Da es sich hier aber um Preisrückgänge handelt, so darf man wohl schließen, daß sich die deutsche Fertigwarenausfuhr mengenmäßig so gut wie überhaupt nicht rückläufig bewegt hat. Deutschland hat sich im August dieses Jahres an die Spitze aller Fertigwaren-Ausfuhrländer gestellt. Höher gehts wirklich nimmer!

Deshalb ist es abwegig, einer noch weiteren Forcierung unserer Ausfuhr das Wort zu reden, zumal eine solche Wirtschaftspolitik auf Kosten des eigenen Marktes geht. Auch eine scheinbar noch so erfreuliche Ausfuhr kann zum Verhängnis werden, wenn der sie tragende Binnenmarkt vernachlässigt und ausgehöhlt wird. Stärken wir unseren Binnenmarkt! Bauen wir unsere Nationalwirtschaft nach Kräften aus! Dann werden wir nicht nur die Stürme der „Weltwirtschaftskrise“ überdauern, sondern auch am ehesten wieder aus den Gängen des Auslandskapitals herauskommen, das uns wahrlich schon fest genug umklammert hält.

Zur Schulfrage.

Der Reichsverband Deutscher Evangelischer Schulgemeinden E. V. Sitz Wuppertal-Barmen, mit über 1200 angeschlossenen Schulgemeinden hielt am 1. und 2. November seine diesjährige ordentliche Vertreterversammlung in Bochum ab.

Die Versammlung war aus allen Teilen des großen Verbandsgebietes gut besucht und erledigte eine reiche Tagesordnung in großer Einmütigkeit. Bemerkenswert sind für die Allgemeinheit die beiden Entschließungen, die am Sonntag Nachmittag in einer großen öffentlichen Vollversammlung einstimmig angenommen wurden.

1. Entschließung

ein Reichsschulgesetz betreffend.

Die am 1. und 2. November 1930 in Bochum tagende ordentliche Vertreterversammlung des Reichsverbandes Deutscher Evangelischer Schulgemeinden bekennt sich aufs neue öffentlich zu den vom Verbandsrat unermüdet vertretenen Grundforderungen an eine gerechte Schulverfassung im Sinne seines alten Schulprogramms und fordert:

1. Staatsrechtliche Gleichberechtigung aller verfassungsmäßigen Schularten auf Grund der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes als einzig möglichen Weg zu einem gerechten Schulfrieden;

2. Die freie Schule neben der freien Kirche im freien Staate auf dem Fundament der freien pädagogischen Grundsätze (Schulgenossenschaft) für jede Schule unter gerechter Berücksichtigung aller rechtlichen Schulinteressen, mit dem Recht der dienenden Schulpflege und eines maßgebenden Einflusses auf die Lehrerbildung durch die Schulpflegschaft (Schulbeirat);

3. für die auf dem Boden des biblisch-reformatorischen Christentums stehenden Eltern als vollberechtigte Staatsbürger auf Grund der Reichsverfassung das Recht

auf die öffentliche evangelische Bekenntnisschule, die Schule mit der Bibel, in der Jesus Christus, der gekreuzigte und lebhaftig auferstandene gottmenschliche Erlöser durch Wort und Geist Herr und Meister ist, im Rahmen des einheitlichen, weltanschaulich gegliederten nationalen Schulorganismus;

4. eine einheitliche, dem Wesen der betreffenden Schularart entsprechende Schulaufsicht und Lehrerbildung. Ohne die Frage zu erörtern, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ratsam ist, die Frage des Reichsschulgesetzes wieder aufzurollen, beauftragt die Vertreterversammlung den Engeren Vorstand des Reichsverbandes, ungefähr einen solchen Forderungen entsprechenden Reichsschulgesetzentwurf auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

2. Entschließung

die Lehrerbildung betreffend.

Da die auf dem Boden des biblisch-reformatorischen Christentums stehenden Eltern ein sittliches und verfassungsmäßiges Recht auf Schulen und Lehrer ihrer christlich-pädagogischen Überzeugung haben, fordert der Reichsverband Deutscher Evangelischer Schulgemeinden auf seiner Vertreterversammlung in Bochum am 1. und 2. November 1930 aufs neue Lehrerbildungsanstalten, die nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch christlich-pädagogischer Hinsicht seinem Schulideal entsprechen.

Der Reichsverband lehnt darum grundsätzlich und entschieden Akademien ab, die zwar „evangelisch“ genannt werden, die aber das heranwachsende evangelische Lehrgeschehen im Sinne des früheren preussischen Kultusministers Dr. Becker, nicht im Geiste des biblisch-reformatorischen Christentums, sondern des altgriechischen Bildungsideales in neoprotestantischer Verbrämung zu erziehen suchen. Umso mehr sind wir aber den an den bestehenden evangelischen Akademien wirkenden Dozenten dankbar, die sich auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen bemühen, den Belangen der bekennenden evangelischen Elternschaft nach Möglichkeit gerecht zu werden. Der Reichsverband fordert darum die ihm angeschlossene und nahestehende evangelische Elternschaft auf, sich nachdrücklich für die wahrhaft evangelische Lehrerbildung einzusetzen und sich zu rüsten für den Fall, daß uns unser gutes Recht durch Staatsgewalt verweigert wird.

Zu jeglicher weiteren Auskunft ist gern bereit die Verbandsgeschäftsstelle Wuppertal-Barmen, Siegestraße 128.

Der neue Metallschiedspruch.

Lohnsenkung in zwei Stappen.

Das Schiedsgericht für die Berliner Metallindustrie, bestehend aus dem Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns, Oberbürgermeister Dr. Jarres und Professor Dr. Singheim, fällt einstimmig den folgenden Schiedsspruch:

1. Der zur Zeit geltende Lohnsatz wird bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifminderungen werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden

Die 9. Tagung der liturgischen Konferenz Westfalens

wurde an zwei arbeitsreichen Tagen am 3. und 4. November inmitten der Anstalt Bethel bei Bielefeld unter dem Vorsitz von Herrn Superintendent Ruhlo-Hülthorst gehalten. Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende im oberen Saale des Asaphheims die erste Versammlung mit gemeinsamem Viede. Pastor Voigt-Bethel trug über „Die liturgische Gestaltung des Kirchenjahres“ in der Art vor, daß er zuerst die liturgische Haltung als eine Innenhaltung, wie sie sich nach außen ausprägt, danach die Beziehung zur kirchenjahrmäßigen Gestaltung des Gottesdienstes behandelte.

Nach lebhafter Aussprache schloß sich eine Vesper in der Sareptakapelle an, in der P. D. Ruhlo-Bethel, unter Mitwirkung des ausgezeichneten Schwesternchors und der kräftigen Studenten-Kurrende, trotz seiner 74 Jahre ein glodenrein singender Liturg war. Er schloß unmittelbar praktische Winke zur Erlernung der Melodien des neuen Gesangbuches an, indem er die noch wenig bekannte Weise: „Himmler ist der Sonne Schein“, von Kantor Walpius 1609 komponiert, in ganz neuer Methode zu einer überraschend schnellen Einübung und wirklichen Beherrschung brachte; gerade diese Vorführung, so kurz sie war, sie nahm nur 13 Minuten in Anspruch, war besonders lehrreich für die große, jetzt bevorstehende Aufgabe, die Gemeinden in die Melodien des neuen Gesangbuches baldigst einzuführen. — Wichtig war auch noch die Mitteilung, daß Pastor D. Ruhlo ein „Choralbuch für Posaunen, Kirchen- und andere gemischte Chöre“ in Druck gegeben hat, welches die 3 größten Gesangbuch-Gebiete umfaßt, nämlich: 1. das Rheinisch-Westfälische Gesangbuch, 2. das Hamburger Gesangbuch mit Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg-Schwerin, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Eutin; 3. das Ostpreussische Gesangbuch mit Danzig, Grenzmark Posen und Westpreußen und Polen.

Am das gemeinsame Abendbrot schloß sich um 8½ Uhr im großen Asaphheimsaal ein Gemeindeabend an, der in einer Weise, wie wir es neuerdings wieder aus der Singbewegung kennen, ohne starres Programm, im Anschluß an einen Vortrag von Pfarrer Koch-Soest: „Wie wir das Kirchenjahr im Hause und in der Gemeinde erleben“ so anregend wie herzerfrischend verlief. Wieder der gutgeschulten Sängerinnen des Chores der Kranken, die

die trefflichen Darbietungen des großen Posaunenchores im Wechsel mit dem Betheler Horn Sextett erfreuten die große Zuhörerschaft an dazu geeigneten Stellen des volkstümlich gehaltenen Vortrages. Das Ganze wurde von gemeinsamen Liedern des fröhlich einstimmenden Zuhörerkreises umrahmt. — Hier nahm die große Gemeinde, zumal aus der Anstalt Bethel und den Bielefelder Gemeinden, förderlichen Anteil an der Arbeit der Konferenz.

Der folgende Morgen begann mit einer von Pastor Voigt-Bethel gehaltenen Messe und brachte den Hauptvortrag der Konferenz, zu welchem viele auswärtige Gäste eintrafen. Pastor Lic. Flemming (Verfasser des Buches: Die treibenden Kräfte der lutherischen Gottesdienstreform. M. Deichert, Leipzig 1928) sprach an Hand von 23 Thesen in scharfer Gedankenprägung und schnellem Fortschreiten über: „Luthers Anschauung vom Gottesdienste und ihre Bedeutung für die Gegenwart“. Wesentlich stellte er an die Spitze den Satz, daß der Gottesdienst nicht in erster Linie ein Handeln von Menschen, sondern ein Handeln Gottes sei, der sich in Wort und Sakrament zur Gemeinschaft anbiete. — Die weiteren Ausführungen standen, jedesmal Luthers Äußerungen und Forderungen der Gegenwart nebeneinander stellend, unter den Gesichtspunkten: 1. Glauben und Schauen, 2. Zwecksetzung und Zweckfreiheit, 3. Objektivität und Subjektivität, 4. Konservatismus und Fortschrittlichkeit. Es wurde aus reicher Kenntnis der reformatorischen Anschauung heraus die doppelte Linie herausgearbeitet, die zeitgeschichtlich bestimmt in der liturgischen Gestaltung des reformatorischen Zeitalters zu Tage tritt: Die eine in der scharfen Opposition gegen hohl gewordene Kultusformen, die andere in durchaus vorhandenem Verständnis für die schöne Gestaltung des Gottesdienstes.

Praktische Forderungen, wie die Verfestigung der Abendmahls-Feier, straffe Einheitlichkeit des liturgischen Aufbaues und Verbesserungen der liturgischen Gebete, schlossen das Referat.

Die Mitgliederversammlung nahm die neuen Satzungen an, welche jedem liturgisch Interessierten die Mitgliedschaft ermöglichen, doch so, daß unter Liturgie die Feier- und Gebetordnung, der Kirchenzeit entsprechend, verstanden wird.

Zum Schluß wurde die Vorstandswahl vollzogen, ein Ausschuss zur Prüfung der neuen Agenda gebildet und ein Antrag an den Provinzial-Kirchenrat gerichtet, gerade im

Sinblick auf das kommende Gesangbuch, Organisten- und Chorleiter-Kurse einzurichten. Um 4 Uhr schloß die hochinteressante, fruchtbringende Tagung. Pastor Koch, Soest.

50-Jahrfeier der Freien Universität in Amsterdam.

Im Oktober fand unter großer Anteilnahme vieler Bevölkerungsschichten die 50 Jahrfeier der Freien Universität zu Amsterdam statt.

Vor gut 50 Jahren empfand die Orthodoxie der Niederdeutsch-Reformierten Kirche in Holland großen Unwillen über den Unterrichtsgestalt der Niederländischen Universität. Man hielt diesen Geist für zu humanistisch, rationalistisch oder wie man es allgemein nannte, zu ungläubig. Die Antipathie richtete sich vor allem auch gegen die Zustände an den theologischen Fakultäten, denen seit 1876 laut Gesetzesverfügung Dogmatik und prakt. Theologie genommen worden sind. Diese Fächer werden noch heutigen Tages besonders ernannten Hochschullehrern übertragen. Die Professoren der Kirchen waren nun für das Empfinden der strengkonfessionellen Theologen zu liberal. So kam es unter der Führung von Dr. Abraham Kuyper zur Gründung der Freien Universität zu Amsterdam, die von der „Vereinigung für Hochschullehrer auf reformierter Grundlage“ getragen und am 20. Oktober 1880 eröffnet wurde. Die Hauptsache bildete zunächst die theologische Fakultät. Jura und Philologie nahmen nur einen sehr bescheidenen Platz ein.

Es ging der jungen und kleinen Universität zuerst sehr schlecht, da die reformierte Kirche den Studenten der Freien Universität ihre Kanzeln verschloß. Seit dann aber im Jahre 1886 unter der Führung von Dr. Kuyper die Gereformierten sich von der Niederdeutsch-Reformierten Landeskirche abspalteten, gewann die Freie Universität natürlich eine große Bedeutung. Durch die politische und kulturelle Arbeit Kuypers und der Seinen wuchs der Einfluss und die Rechte der Freien Universität. Unter dem Ministerium Kuypers erhielt sie im Jahre 1905 das jus promovendi: Das Recht, Zeugnisse zu geben und Zugang zu bestimmten öffentlichen Ämtern zu verleihen. Seitdem hat die Freie Universität natürlich weiter große Fortschritte gemacht. Die an ihr vorhandenen Fakultäten gelten heutigen Tages denen der staatlichen Universitäten (bezw. der städt. Universität zu Amsterdam) als ebenbürtig.

tenden Tar
zent für
ter 18 Jahr
alle übrige

4. Die
erimalis M
30. Juni

Die Ber
deren Indus
ist ein Rom
Schiedspruch
der Arbeiter
spruchs gericht
Zohnabbau vo
er zeitlich ab
bei der Beile
barung der P
liche Mittel da

Der Bo
Brauns, schid
folgende prog
Die Berl
wie die gefa
schweren K
Deutschland a
noch weiter
wirtschaftliche
nicht von der
setzen, daß d
was eine Wes

Zu den be
Gebieten. We
seite her erfol
wichtiger Bek
nicht vorbeie

Von ein
schenwerte B
werden, wenn
dauernd gefe
ermögen, ob
hung zur C
Lebens mit
Berwirklichu
Unmöglichkeit
rung. Wenn
Fälle eine A
unvermeidlich
wischer bereits
der Lebensmi
daß die allg
werbliehen P
allen verant
auch weiter v
daß diese Pre

In den Schli
treter der B
liche Senkung
sei und weite

Was da
so haben die
Lebensmittel
daß der Arb
sich auf die
stellen. Mit
ter Frucht u
zu eigen gen

Die Sch
spruch eine u
tales hinaus
Damit soll je
dieses Schied
tragen werd
dargelegten
vielmehr jed
sein.

Zum S
Möglichkeit
bedürfnisse
ändert werd
Grund auch
spruch nicht

Freie
Bef

Im An
Bäder- und
den im Re
wirtschaft Be
deutschen G

Die er
handelsle
schiedenen G
eingetrennt
ten, den U
gemeine Pre
Möglichkeit

Sie we
Tagen konfr
die Höhe de
handlungen

Die G

Gegen
Der Vo
tigte sich
rungsprogram
gebnisse diese
lert der Pr
des Regierung
meind- n mü
die Regierung
Städte werden
ergreifen mü
geben und r
Bekämpfung
sicher Wohlf

ntnischule, die
christus, der ge-
gottmenschlische
Meister ist, im
ich gegliederten

er betreffenden
Lehrerbildung.
unter den gegen-
frage des Reichs-
gt die Vertreter
s Reichsverband
entsprechenden
nd zu veröffent-

nd.
reformatorischen
liches und ver-
d Lehrer ihrer
ben, fordert der
Schulgemeinden
chum am 1. und
Bildungsanstalten,
n auch christlich
I entsprechen.

bläulich und ent-
gelisch" genannt
evangelische Beh-
uhlichen Kultus-
es biblisch-refor-
s altgriechischen
Verbrämung zu
ber den an den
en wirkenden
n gegenwärtigen
der bekennnis-
ach Möglichkeit
fordert darum
nde evangelische
e wahrhaft evan-
ch zu rühen für
rch Staatsgewalt

ist gern bereit
Barmen, Sieges-

dspruch.

ppen.
iner Metallindu-
strie minister a. D.
J. Jarres und
einstimmig den

ntarif bleibt bis
alltlich in Kraft.
öhne werden vom
iehllich 18. Ja-
m 3 Prozent

uar 1931 ver-
ember 1930 ge-

, Organisten- und
e, fruchtbringende
vor Koch, Soest.

Universität

nteilnahme wei-
rfeier der Freien

thodoxie der Nie-
land großen Un-
Niederländischen
e zu humanistisch
in nannte, zu un-
allem auch gegen
Altären, denen seit
und prakt. Theo-
sicher werden noch
Hochschullehrern
n waren nun für
en Theologen zu
von Dr. Abraham
ersität zu Amster-
Hochschulunterricht
und am 20. Okto-
er bildete zunächst
hilologie nahmen

Universität zuerst
e den Studenten
rschloß. Seit dann
a von Dr. Ruppert
Deutsch-Reformier-
a die Freie Uni-
i. Durch die politi-
und der Seinen
Freien Universität
erhielt sie im
Recht, Zeugnisse
öffentlichen Nam-
Freie Universität
macht. Die an ihr
gen Tages denen
stätt. Universität

tenden Tarifminderungen um weitere 3 Pro-
zent für männliche und weibliche Jugendliche un-
ter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für
alle übrigen Gruppen.

4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar,
erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der
30. Juni 1931 fällt.

Dieser Schiedsspruch, der zweifellos für die an-
deren Industriezweige richtunggebend sein wird,
ist ein Kompromiß zwischen dem ursprünglichen
Schiedsspruch des amtlichen Schlichters und dem Willen
der Arbeiterschaft, der gegen Annahme des Schieds-
spruchs gerichtet war. An dem zuerst vorgesehenen
Lohnabbau von 8 Prozent wird festgehalten, doch wird
er zeitlich abgestuft. Diese Entscheidung ist nach der
bei der Beilegung des Streikes getroffenen Verein-
barung der Parteien bindend, so daß gewerkschaft-
liche Mittel dagegen nicht angewandt werden können.

Die Begründung.

Der Vorsitzende des Metallschiedsgerichts, Dr.
Brauns, schickte der Verkündung des Schiedsspruchs
folgende programmatische Begründung voraus:

Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso
wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer
schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in
Deutschland auf 3 Millionen angewachsen und droht
noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch welt-
wirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk
nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen,
daß die Not nicht steigt, und alles zu tun,
was eine Besserung erwarten läßt.

Dazu bedarf es wirksamer Preislenkung auf allen
Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohn-
seite her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so
wichtiger Bestandteil der Beschäftigungskosten, daß an ihm
nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wün-
schenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet
werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht
dauernd gesenkt wird. Die Schlichter haben deshalb
erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Bezie-
hung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der
Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die
Bewirkung dieses Gedankens scheiterte indes an der
Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchfüh-
rung. Wenn gleichwohl die Schlichter im vorliegenden
Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für
unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis ge-
wisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung
der Lebensmittelpreise und in der festen Erwartung,
daß die allgemeine Herabsetzung der Preise, der ge-
werblichen Produkte, wie auch der Lebensmittel, von
allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie
auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an,
daß diese Preislenkung sich bis zum letzten Konsumenten
durchsetzt.

In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Ver-
treter der Berliner Metallindustrie, daß eine erheb-
liche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt
sei und weitere Senkung bevorstehe.

Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbelangt,
so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der
Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginnt und
daß der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um
sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzus-
tellen. Mit dieser Abwägung haben sich die Schlich-
ter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruchs
zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schieds-
pruch eine über die Beilegung des vorliegenden Strei-
kes hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat.
Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten
dieses Schiedsspruchs schematisch auf andere Fälle über-
tragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der
dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird
vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen
sein.

Zum Schluß betonte das Schiedsgericht, daß mit
Mäßigkeit auf den noch laufenden Manteltarif die Min-
destlöhne für Arbeiterinnen über 18 Jahre nicht ge-
ändert werden dürfen und daß aus dem gleichen
Grund auch die Arbeitszeitfrage in dem Schieds-
pruch nicht behandelt werden konnte.

Preislenkung und Einzelhandel.

Besprechungen im Ernährungs-
ministerium.

Im Anschluß an die Verhandlungen mit dem
Bäcker- und Fleischerhandwerk und dem Milchhandel fan-
den im Reichsministerium für Ernährung und Land-
wirtschaft Besprechungen mit der Hauptgemeinschaft des
deutschen Einzelhandels statt.

Die erschienenen Vertreter des Lebensmittel-
handels legten dar, welche Preislenkungen auf ver-
schiedenen Gebieten im Laufe der letzten Monate bereits
eingetreten seien. Sie betonten den grundsätzlichen Wil-
len, den Wünschen der Reichsregierung auf eine all-
gemeine Preislenkung auch ihrerseits im Rahmen des
Möglichen Rechnung zu tragen.

Sie werden dem Ministerium in den nächsten
Tagen konkretes Material über die Preisbildung und
die Höhe der Handelspanne unterbreiten. Die Ver-
handlungen werden fortgesetzt.

Die Städte für Preisabbau.

Gegen die Drosselung des Wohnungsbaus.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages be-
schäftigte sich eingehend mit dem Wirtschafts- und Sanie-
rungsprogramm der Reichsregierung. Über die Er-
gebnisse dieser Beratungen teilte Präsident Dr. Mu-
lert der Presse mit, daß die Städte mit den Zielen
des Regierungsprogramms völlig einig sind. Die Ge-
meinden müßten aber leider darauf hinweisen, daß
die Regierungsvorschläge sie nicht berücksichtigen. Die
Städte werden deshalb um so schärfere Maßnahmen
ergreifen müssen und zwar scharfe Drosselung der Aus-
gaben und radikalste Einsparungen für 1931 und
Bekämpfung mißbräuchlicher Anpreisungsmittel.

Eine Herabminderung auch der Gehälter der öf-
fentlichen Beamten im Wege des Gesetzes sei unerläß-
lich. Diese Senkung könne aber nur bei gleichzeitiger
durchgreifender Senkung der Preise Sinn haben. Ge-
rade bei den wichtigsten Lebensmitteln sei vielfach eine
überhöhte und ungerechtfertigte Gewinnspanne festzu-
stellen. Die Stadtverwaltungen müßten sich mit größter
Energie einsetzen, um die Spanne zwischen Ge-
werbesteuer und Kleinverkaufspreisen einigermaßen
erträglich zu gestalten.

Dr. Mulert wandte sich dann entschieden gegen den
Plan der Reichsregierung, 400 Millionen von der
Lohnsteuer für allgemeine Zwecke abzutrennen. Eine
derartige Drosselung des Wohnungsbaus würde eine
neue unerträgliche Belastung des Arbeitsmarktes be-
deuten und Mulert forderte schließlich für die Ge-
meinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer
schon zum 1. April nächsten Jahres, um eine Ueber-
lastung der Realsteuern zu vermeiden.

3 253 000 Arbeitslose!

136 000 mehr in 14 Tagen.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeits-
vermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit
vom 16. bis 31. Oktober hat die zweite Hälfte des
Monats Oktober die Arbeitslosenversicherung wie im
Vorjahr mit einem Zustrom neuer Hauptunter-
stützungsempfänger belastet. Der Zugang um
rund 70 000 (im Vorjahre 106 000), zu dem noch ein
Mehr von rund 22 000 (Vorjahr 7000) Krisenunter-
stützten hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Un-
terstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen rund
2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeits-
losenversicherung, 511 000 auf die Krisenunterstützung
entfallen. Die Meldungen von Arbeitsuchenden bei den
Arbeitsämtern beliefen sich am 31. Oktober auf rund
3 253 000. Setzt man von dieser Zahl diejenigen ab,
die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung
oder in Notstandsarbeit beschäftigt sind, so verbleiben
etwa 3 253 000 oder rund 136 000 mehr als am vor-
igen Stichtage, die als arbeitslos angesehen werden
müssen.

Gegen die hohe Preisspanne.

Vielfacher Gewinnaufschlag gegenüber der
Vorkriegszeit.

Im Preussischen Landtag hat die Deutsche Frak-
tion einen Antrag eingebracht, worin erklärt wird:

Als eine der Hauptursachen der völlig unzureichenden
Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und damit
für die Notlage der Landwirtschaft überhaupt ist festzu-
stellen, daß sich in immer stärkerem Maße die Preisspanne
zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis bemerkbar macht.
Als besonders charakteristisches Beispiel wird eine Er-
hebung des Statistischen Reichsamts angeführt, aus der her-
vorgeht, daß beim Schweinefleisch der Ladenzusatz heute
ungefähr viermal so hoch ist als vor dem Kriege.

Das Staatsministerium wird daher ersucht, unver-
züglich im Einvernehmen mit der Reichsregierung auf
einen stärkeren Abbau der Preisspanne zwischen Er-
zeugerpreis in der Landwirtschaft und Kleinhandels-
preis hinzuwirken.

Mehrheit gegen Abrüstung.

Deutschlands Antrag auf Einbeziehung der Reserven
mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Scharfe Er-
klärung Graf Bernstorff.

— Genf, 10. November.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes hat
sich heute, den Nachweis zu erbringen, daß auch in
dem jetzigen Tagungsabschnitt trotz der Londoner Flot-
tenkonferenz und trotz des Ausbaues des Vertrags-
werks die Mehrheit der ihm angeschlossenen Staaten
eine wirkliche Abrüstung oder auch nur eine wirk-
same Begrenzung der Rüstungen nicht will! Gelegen-
heit dazu bot die Abstimmung über den dem Aus-
schuß seit Mai 1929 vorliegenden deutschen Antrag,
der die geplante Herabsetzung der Dienstzeit als völlig
unzureichend erklärt und als wirksamere Maß-
nahme die Einbeziehung der ausgebildeten Reserven
in die Abrüstung forderte.

Im einzelnen wollte der deutsche Antrag dieses
Ziel durch die Herabsetzung und Beschränkung des
jährlichen Truppenkontingents, die getrennte Angabe
der Ausbildungs- und der aktiven Dienstzeit sowie
endlich durch das Verbot der Stammrollen bzw. der
Einführung über Personen, die ihrer Dienstzeit ge-
nügt haben, erreichen.

Gleich zu Beginn der Debatte zeigte sich, daß
dieser deutsche Antrag die empfindlichste Stelle dieses
abrüstungsfeindlichen Gremiums getroffen hatte. Die
Delegierten Frankreichs, Japans, Belgiens und Ita-
liens traten gegen die deutsche Forderung auf, Lord
Cecil versuchte sich in gewundenen Erklärungen, und
nur der Russe Litwinow trat offen für die deutschen
Vorschläge ein. Die Abstimmung ergab denn auch die
Ablehnung des deutschen Antrags mit zwölf gegen sechs
Stimmen.

Für den deutschen Antrag hatten Rußland, Nor-
wegen, Schweden, Holland und China gestimmt, ge-
gen den Antrag u. a. Frankreich, Japan, Italien,
Belgien und die Türkei. Die Vertreter Englands
und der Vereinigten Staaten hatten sich der Stimme
enthalten.

Damit hat die von der Reichsregierung auf der
gegenwärtigen Tagung des Abrüstungsausschusses ver-
folgte Feststellungspolitik zur Klärung der künftigen
Schuldfrage bereits in einer entscheidenden Frage
der Abrüstung eine eindeutige Klarstellung erhalten.

Sogleich nach der Abstimmung erhob sich der Füh-
rer der deutschen Delegation und gab die Erklärung
ab, daß Deutschland an den Abstimmungen über die
weiteren Entwürfe zu dem Artikel über die Dauer der
Dienstzeit kein Interesse mehr habe.

Der Entwurf nicht die Tinte wert.

Was grundsätzlich zu sagen war, hatte Graf Bern-
storff bereits während der Debatte ausgeführt, als
sich die Einstellung des Ausschusses offenbarte; diese
Erklärung lautete:

Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebil-
deten Reserven ausläßt angesichts der Tatsache, daß
heute in einer Reihe europäischer Staaten der Mensch
von der Wiege bis zum Grabe so behandelt wird, daß
er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Konven-
tion nicht die Tinte wert, die für ihre Unterschrift
verwendet wird.

Sicherheit nur durch Abrüstung.

Eine Abrechnung mit der Sabotagepolitik
Frankreichs.

— London, 10. November.

Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben ver-
öffentlicht in der Londoner „Sunday Times“ einen Ar-
tikel, in dem er mit der bisherigen Sabotage der
Abrüstung ins Gericht geht. Freiherr von Rheinbaben
weist zunächst auf die schweren Opfer hin, die Deutsch-
land bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge ge-
bracht hat und fährt dann fort:

„Die Locarno-Verträge sind aber nicht nur ein
Sicherheitspakt für Frankreich gewesen. Sie enthalten
die feierliche Verpflichtung der Partner Deutschlands,
nimmeh die Abrüstung vorwärts zu treiben. Selbst-
verständlich konnte Deutschland für den Osten nicht
dieselbe Regelung eingehen wie im Westen, da es die
im Osten gezogenen Grenzen niemals anerkennen
kann. Hier muß es sich aus zwingenden Gründen
seiner nationalen Existenz das Recht auf Revision,
das ihm nach Artikel 19 des Versailler Vertrages
zusteht, und das ihm in der Mantelnote vom 16.
Juni 1919 noch besonders bestätigt wurde, offenhalten.
Daß auch andere Mächte, namentlich England, die
Situation im Osten als eine andere als die im Westen
ansahen, zeigt die Tatsache, daß auch sie eine Ga-
rantie für den Osten ablehnten.“

Unter Hinweis auf den Kriegsschlichtungspakt vom
28. August 1928, mit dem 54 Staaten auf den Krieg
als Mittel zur Erreichung politischer Ziele verzichtet
haben, stellt Freiherr von Rheinbaben zusammenfas-
send dann fest:

Wenn heute noch ein Staat die Forderung auf
Sicherheit erhebt, dann setzt er sich der Gefahr aus,
daß man hinter seiner Sicherheitsforderung andere
Absichten vermutet. Denn man müßte annehmen, daß
dieser Staat Sicherheit sagt und Abwehr gegen
die Entwicklung meint, die die notwendige Folge
des Fortschreitens der allgemeinen Friedenssicherung
ist. Die in der Vollversammlung des Völkerbundes
am 26. September 1928 angenommene Resolution
geht denn auch von dem Standpunkt aus,

„daß der gegenwärtige, durch den Völkerbundsvertrag,
durch die Friedensverträge, namentlich durch die aus die-
sen Verträgen resultierenden Rüstungsbeschränkungen ge-
wiffer Staaten, gleichfalls die durch die Verträge von
Locarno geschaffenen Sicherheitsbedingungen es gestatten
würden, sofort eine erste allgemeine Konvention für die
Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen abzu-
schließen.“

Europa ist bereit für die Abrüstung! Taran-
dert auch der Ausgang der Wahlen vom 14. Sep-
tember nichts. Er zeigt den Geisteszustand eines be-
siegt Volkes in schwerer Wirtschaftskrise und in dem
Gefühl, seinerseits aufs äußerste bedroht zu sein.
Ein Festhalten des bis an die Zähne bewaffneten
Frankreichs an seinem Rüstungsstand muß notwendiger-
weise dazu führen, daß der Ruf nach Sicherheit von
dem entwaffneten Deutschland erhoben wird.

Es mutet merkwürdig an, wenn Herriot eine Stahl-
helmkumgebung in Koblenz als Argument benutzt,
um neue Beschränkungen für die französische Sicher-
heit auszusprechen. Was bedeutet der waffenlose Stahl-
helm gegenüber der Entwaffnung Deutschlands und
gegenüber der Politik der deutschen Regierung, an
deren aufrichtiger Mitarbeit am Frieden und ihrem
Willen, Deutschland innerlich zu konsolidieren, nicht zu
zweifeln ist?

Nein, für die Sicherheit fehlt noch neben einer
Politik ehrlicher Zusammenarbeit und größerer Ver-
ständnisses für unbedingte Lebensforderungen des nach
Rußland zahlenmäßig stärksten Volkes in Europa deut-
lich genug die allgemeine Abrüstung. Es ist Pflicht
und Aufgabe aller Staaten, daß dieses Ziel erreicht
wird, bevor das Vertrauen der Völker in feierlich über-
nommene internationale Verpflichtungen schwindet und
der Völkerbund selbst in seiner Existenz bedroht wird.

Der Auflösungsparteitag.

Überführung der Demokratischen Partei in die Deutsche
Staatspartei.

Die Deutsche Demokratische Partei hielt in Han-
nover ihren letzten Parteitag ab. Der Antrag des
Partei-Vorstandes auf Auflösung der Demokratischen
Partei und Überführung der Partei-Organisation in
die Deutsche Staatspartei wurde von der etwa 400
Delegierte zählenden Versammlung mit allen gegen
16 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenom-
men. Die formelle Gründung der Staatspartei wurde
am Sonntag in Hannover vorgenommen.

Vor der Auflösung der Demokratischen Partei legte
Finanzminister Dr. Hüpper-Aischoff die Entwick-
lung dar, die zur Gründung der Staatspartei geführt
habe. Das Bündnis mit der Volksnationalen Bewe-
gung sei gescheitert, weil man sich geeirt habe über die
persönlichen und die politischen Fähigkeiten der Führer
der Volksnationalen Bewegung und über die Bewegung
selbst. Das Bündnis sei zerfallen, aber darum sei die
Idee der Staatspartei nicht falsch. Die Staatspartei
bekenne sich zum nationalen Gedanken, sie wolle den
Frieden, aber den Frieden der Freiheit und nicht des
Unterwerfung.

Befreiung und Wiederaufrichtung der deutschen Nation
sei ihr oberstes Ziel.

Die Etappen auf dem Weg heißen: Befreiung der Tri-
bunallen, Grenzrevisionen im Osten, Anschluß Oester-
reichs, Sicherung der deutschen Minderheiten und Or-
ganisation des mitteleuropäischen Raumes. Die Staats-
partei bekenne sich weiter zum demokratischen, sozialen
und liberalen Gedanken. Weiter bekenne sie sich zur
Wirtschaftsordnung des Privateigentums und betrachte

es trotz aller Schlagworte als ihre Aufgabe, möglichst viele Menschen zu Besitzbürgern zu machen.

„Abschied von der Demokratischen Partei, zwölf Jahre der Arbeit für Deutschland“ war das Thema einer Rede des Ehrenvorsitzenden der Demokratischen Partei, Bürgermeister Dr. Karl Petersen (Hamburg). Er stellte fest, daß die Demokratische Partei mit Stolz auf ihre Mitarbeit an dem Verfassungswerk, an dem großen sozialen Gesetzgebungswerk der Nachkriegszeit und an der Wiederherstellung unserer äußeren Freiheit zurückblicken könne.

Dr. Dietrich Parteivorsitzender.

— Hannover, 10. November. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich wurde auf dem Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei, der von 300 Delegierten besetzt war, mit allen gegen 22 Stimmen zum Parteivorsitzenden gewählt. Dr. Dietrich hat die Wahl angenommen. Außerdem wurde ein aus elf Personen bestehender Geschäftsführender Vorstand gewählt. Der Gesamtvorstand wird ein Programm ausarbeiten, das dem nächsten Parteitag vorgelegt werden soll.

Vor dem Wahlakt hielt Reichsminister Dr. Dietrich eine großangelegte Rede über „Ziele und Aufgaben der Staatspartei“. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er die Erziehung zur Volksgemeinschaft und zur staatsbürgerlichen Pflichterfüllung, zur Staatsidee. Diese aber sei der Gedanke des deutschen Nationalstaates. Jede andere Staatsidee stöße Österreich endgültig ab und zerreiße die Verbindung mit den von uns getrennt lebenden Europadeutschen. „Weil wir aber für die Staatsidee alle Volksgenossen brauchen, muß der Staat demokratisch sein. Dieser demokratische Nationalstaat wird dem deutschen Volke die Freiheit wieder erobern, wir hoffen auf friedlichem Wege. Aber die Friedensidee ist überlagert von der Idee der Gerechtigkeit, und Frieden kann es in Europa nur geben, wenn die Gerechtigkeit siegt.“

Der Redner verbreitete sich dann über seine Finanzpolitik, die ein Gebot der Not sei. Die Grundidee sei Wiederherstellung des Vertrauens und damit Belebung der Wirtschaft. Die Deutsche Staatspartei wolle sozialen Ausgleich, Bekämpfung der Klassengegensätze, anständige politische Sitten. Er schloß mit dem Satz: Wir verbinden mit dem Stolz auf die deutsche Vergangenheit den Glauben an die deutsche Zukunft. Unser Ideal ist ein freier, mächtiger, sozialer deutscher Nationalstaat. Um diesen wollen wir kämpfen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 10. November 1930

— In Singen a. Hochstadel versuchten Kommunisten, eine nationalsozialistische Versammlung zu sprengen. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem neun Personen verletzt wurden.

— Ueber die Herabsetzung der Handelszölle für Milch schwanden im Reichsernährungsministerium Verhandlungen, die beschleunigt zum Abschluß gebracht werden sollen.

— Abbau der Spitzengehälter. Bei den dem Reich gehörenden Wirtschaftsunternehmen ist eine Senkung der Bezüge der Direktoren und der leitenden Angestellten eingeleitet worden.

— Umfrage über eine Neuordnung der Studienratenaufbahn. Der preussische Kultusminister erörtert in einer Umfrage an die Behörden der Unterrichtsverwaltung und die Lehrerverbände die Frage, ob es notwendig und möglich sein wird, die Auslese für die Studienratenaufbahn früher als bisher vorzunehmen.

— 10 Jahre Hochschule für Politik. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Hochschule für Po-

litik fand im Plenarsaal des Reichstags eine Feier statt. Die Grüße der Reichsregierung überbrachte Staatssekretär Dr. Jünger. Als letzter Redner sprach Prof. Schmidt-Leipzig über das Führerproblem.

— Die schwarze Bauernfahne, die die schleswig-holsteinische Stadt Neumünster am 1. August bei Zusammenstößen zwischen Bauern und Polizei beschlagnahmt hatte, wurde jetzt feierlich und in Anwesenheit von Tausenden von Landvolk von einem Vertreter der Stadt an die Bauern zurückgegeben.

Rundschau im Auslande.

— Die Wahl des in den Straßburger Gemeinderat gewählten Autonomisten Schall dürfte am Dienstag für ungültig erklärt werden. Im Zusammenhang damit wird es in Straßburg zu einem neuen, sicher sehr heftigen Wahlkampf kommen.

— 26 Kommunisten und sechs Frauen, alle unter 20 Jahren, zertrümmerten im Verlaufe eines Demonstrationszuges durch Budapest die Fensterscheiben einer Druckerei.

— Die polnische Regierung hat mit dem schwedischen Rindholzkönig War Kreuger Verhandlungen über eine Anleihe in Höhe von 125 Millionen Mark angeknüpft. Als Gegenleistung für die Anleihe wollen die Polen Kreuger das Rindholzmonopol bis zum Jahre 1965 verlängern.

Hindenburgs Hochzeitsgeschenk für König Boris.

— Der deutsche Gesandte in Bulgarien, Räumelin, begab sich zu König Boris und überreichte ihm ein Hochzeitsgeschenk des Reichspräsidenten v. Hindenburg sowie das deutsche Hochzeitsgeschenk. Das Geschenk Hindenburgs besteht aus einer Karbinenrevolver und zwei aus Meißner Porzellan in kunstvoller Ausführung hergestellten Leuchtern.

Ehrung eines ritterlichen Gegners

General Kref von Krefenstein Gast der 53. Waliser Division.

General Kref von Krefenstein, der im Weltkrieg das türkische Heer in Palästina befehligte und nach dem Kriege mehrere Jahre als bayerischer Landesführer und Gruppenkommandeur der Reichswehr angehörte, war in London Ehrengast der Offiziere der 53. Waliser Division, die in Palästina gegen ihn gekämpft haben. Die Einladung an Freiherrn Kref von Krefenstein war ergangen auf das Ersuchen einer Anzahl von Offizieren der 53. Waliser Division, „die die fahre und soldatenhafte Weise bewunderten, in der ihr früherer Feind gegen sie gekämpft hatte“. General a. D. Freiherr Kref von Krefenstein, der den Orden Pour le mérite trug, wurde von den etwa 120 Generalen, Front- und Stabsoffizieren, die sich zu dem Essen eingefunden hatten, überaus herzlich begrüßt. Die Rede des Generals, die in deutscher Sprache gehalten wurde, wurde von den Engländern nach ihrer Übersetzung mit lebhaftem Beifall quittiert. Zum Schluß des Festmahls legten General Kref von Krefenstein und Generalmajor Mott, der Vorsitzende des Clubs der 53. Waliser Division, gemeinsam Blumenkranze an einem Denkmal nieder.

Ostafrika darf nicht englisch werden.

Entschließung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veröffentlicht eine Entschließung in der es u. a. heißt: „Die beabsichtigte Verschmelzung Deutsch-Ostafrikas mit den angrenzenden englischen Kolonien ist mit der Völkerbundfahne unvereinbar. Sie würde den ersten Schritt zu einer widerrechtlichen Einverleibung Deutsch-Ostafrikas in das britische Reich bedeuten. Es handelt sich dabei um ein Land von der doppelten Größe Deutschlands und von außerordentlich günstigen Entwicklungsmöglichkeiten. Gegen dieses englische Vorgehen muß im deutschen Volk scharfer Protest erhoben werden.“

Die erste Folge der Wahlniederlage. Ueberparteiliche Koalition in Amerika? — Presseempfang bei Hoover.

Hoover, der Präsident der Vereinigten Staaten, empfing zum ersten Male nach den Wahlen Vertreter der Presse, beschränkte sich aber auf die Abgabe einer Erklärung, die nur einen Satz enthielt und folgenden Wortlaut hatte:

„Unser Land hat jetzt mehr denn je die Aufgabe, seine Aufmerksamkeit auf Maßregeln zur Zusammenarbeit im Interesse der wirtschaftlichen Erholung zu konzentrieren.“

In Pressekreisen wird dieser Kommentar zum Wahlergebnis als ein Versuch Hoovers gedeutet, eine überparteiliche Koalition von Parlamentariern zur Unterstützung seiner Politik zu begründen.

Reichskommissar Treviranus im obereschlesischen Ueberschwemmungsgebiet.

— Oppeln, 10. November. Der Reichskommissar für die Ostgebiete, Minister Treviranus, statterte der Landstelle Oppeln einen Besuch ab, um sich eingehend über die Organisation und die sonstigen Fragen der Umsiedlung und des Volkstretungsbeschlusses in Oberschlesien zu unterrichten. Darauf begab er sich zum Oberpräsidenten Dr. Lufschel, wo ihm ein Gesamtüberblick über die durch das Hochwasser in Oberschlesien entstandenen Schäden gegeben und eingehend die Wünsche der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft vorgetragen wurde. Im weiteren Verlaufe der Fahrt nahm der Minister die Ueberschwemmungsschäden in den Kreisen Cosel, Gleiwitz, Tost und Ratibor in Augenschein.

Nachts überfallen!

Haftenreiz läßt Sie nicht schlafen. Die natürlichen Soy's Sodener Pastillen geben Ihnen die ersetzte Ruhe wieder.

Bethel.

Am kommenden Mittwoch findet anstelle einer Filmvorführung eine Veranstaltung statt, die allerlei Ueberschreibungen bringt; und zwar:

um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser, um 4 Uhr für die Insassen der Männerhäuser, abends um 7 Uhr für jedermann.

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 60 Pfg. für Erwachsene; 30 Pfg. für Jugendliche; an der Abendkasse 75 Pfg. Für Nachmittags werden keine Programme ausgegeben.

Beamtenfürsorge.

Zu einer Mitgliederversammlung am Freitag, den 21. November dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr, im Junglingsaal des Kassapark werden hierdurch alle Mitglieder der Kasse eingeladen.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Rechnungslegung. Bericht der Revisoren und Entlastung des Rechners. 3. Ernennung von drei Rechnungsrevisoren. 4. Aufwertung der Nachzahlungen. 5. Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern. 6. Verschiedenes.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung wird an § 22 e) der Satzungen erinnert, wonach Anträge, welche in der Mitgliederversammlung beraten werden sollen, mindestens 24 Stunden vor der angelegten Eröffnungszeit an den Vorsitzenden des Kassenvorstandes, Herrn Graf v. Baudissin, zu richten sind.

Bethel, den 20. Oktober 1930. Der Kassenvorstand.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Gottes Güte schenkte uns einen gesunden

Jungen

In dankbarer Freude

Dr. med. Wilhelm Philipps u. Frau
Renate, geb. Kammrath

Bethel, den 7. November 1930

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen,
unsere liebe Mutter

Frau

Lina Sämmler

geb. Vogel

heute früh 3 1/2 Uhr im Alter von 45 Jahren zu sich
in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Die Hiesrauernden Kinder

Fritz, Elisabeth, Hanna,
Ernst, Lina, Rudi.

Bad Salzungen, den 8. November 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Nov.
nachmittags 3 1/2 Uhr in Eckardtsheim statt.

Harmonium

Mannborg, 12 und 14 Register,
zu günstigen Beding. abzugeben
H. Thunert & Söhne, Bad Deynhausen
Hofordstraße 47

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd.
franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise
auch in Ophir erhältlich.

Eisen Metall- Betten Schlafzim.
u. Holz- Stahlmatr.
Kinder-, Polster, Chaisel., an jeden. Teile.
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Vorzüglichen Erholungs-
aufenthalt bietet das im Weser-
bergland gelegene

Erholungsheim
im Solling bei Dassel.

Sehr schöne Höhenlage inmitten
herrlicher Laub- u. Fichtenwälder.
Licht, Luft- und Sonnenbäder.
Gelegenheit zur Stille unter dem
Wort Gottes. Mäßige Preise.
Prospecte kostenlos. Anfragen an
Sekretär Friedrich Gramm.

gleich die Fehler der heutigen Ernährung
aus, überbrückt die Kluft zwischen
Rohkost und Feinkost,
Naturernährung und Kulturnahrung.
Auch Sie sollten sich durch einen Versuch
überzeugen.
Eviums-Margarine-Gesellschaft m. b. H.
Lippinghausen bei Herford

Liebhauer-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955



Das Erholungsheim Teichwolframsdorf

ist in den nächsten Jahren Sommer und Winter geöffnet. Müde
und oft vom Betrieb der Gegenwart geschwächte Menschen finden hier
Neuorientierung, aus Verzweifelte werden Sehnsuchtsmenschen,
die durch Hoffnung im lebendigen Gott wieder Ja sagen zu den
Forderungen des Lebens. Einsame finden Weihnachten und den
darauffolgenden Ferienwochen Sammlung. Die Vorträge, Be-
sprechungen, stille Austauschstunden am Abend und gemeinsame
Wanderungen zeigen die Lebensspur zu neuen Menschen, die sich
nicht mehr nehmen lassen: „Dein Reich komme“. Die Vorträge in
dieser Festzeit bewegen sich in den Linien: „Geschichte und Offenbarung
und: Wie wird eine neue Zeit“.

Ingenieurschule Technikum Bauschule
Elektrotechnik, Maschinen-, Architektur, Baugewerk-
Auto-, Heizungsbau, Flug- curven, Eisenbau,
Wärme, Kältetechnik, Landw. Ziegeleien, Zement-
Maschinen, Schweiß-, Stark- techniken, Zement-
strom- u. Radiotechnik. Lehrpläne frei

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Haus
Morija. Gebündelt je Bündel 15 Pfg., lose in Säcken
etwa 1 Zentner 2.— RM. Lieferung frei ins Haus.
Größere Posten billiger nach Uebereinkunft.